

Deutscher Werkerebund

Zentralorgan für die Interessen

der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Erscheint wöchentlich
Zugangspreis: Vierteljährlich
3 Reichsmark / Die Einzelnummer —,30 Reichsmark

Redaktion u. Exped. Berlin SO 10
Mischgasse 1. Tel.: Meripl.
950, 3134. / Redaktionsstuf
8 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 1

Berlin, den 2. Januar 1926

4. Jahrgang

Für die mir zu meinem sechzigsten Geburtstag von den Ortsvereinigungen und Gauverbänden sowie aus Kollegenkreisen zahlreich zugegangenen Glückwünsche und sonstigen Aufmerksamkeiten sage ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank. **Dswald Schumann**

Ins neue Jahr.

Selten, wahrscheinlich noch nie, ist ein neues Jahr so hoffnungsarm begrüßt worden wie das kommende. Es gibt nichts Niederdrückenderes, nichts Entmutigenderes, nichts, was mehr den Menschen verbittert als die Erwerbslosigkeit — ungeachtet der beschämenden Tatsache, daß Tausende diesen Zustand freiwillig ganz gut ertragen. Die Erwerbslosigkeit hat am Jahreschluss rund anderthalb Millionen Menschen mit vier bis fünf Millionen Angehörigen ins tiefste Elend gerissen. Was aber das fürstbare ist; kaum ein Zeichen am wirtschaftlichen Horizont deutet darauf, daß es in absehbarer Zeit besser wird, dagegen finden sich immer wieder Angüßer, die uns ins Ohr träumen, es werde noch schlimmer kommen. Diese Hoffnungslosigkeit gibt dem Jahreswechsel das Gepräge. Gewiß haben wir auch im letzten Halbjahr 1925 schreckliche Monate durchlebt, aber in den letzten Wochen des verwichenen Jahresjahres kündigte sich doch ein Umschwung an, der uns je nachdem mit wilden oder zagen Hoffnungen erfüllte. Dem Papiermarktschwandel war ein Ende gemacht. Wir bekamen wieder wertbeständiges Geld in die Hände und durften daran die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung knüpfen.

Heute solche Hoffnungen zu hegen oder zu weden, wäre Selbsttäuschung oder etwas Schlimmeres. Es gilt, den Tatsachen fest ins Auge zu sehen, denn nur wer die Gefahr in ihrer ganzen Größe erkennt, kann ihr begegnen. Wir müssen erkennen, daß die Bourgeoisie Oberwasser geworden hat und es trotz Locarno und trotz der Flucht der größten Regierungspartei vor der Verantwortung auch in der Politik behaupten hat.

Diese Erkenntnis ist allen, die auf einen politischen Wetterwechsel hoffen, durch das Scheitern der Verhandlung über die Regierungsbildung unabweislich vermittelt worden. Wir rechnen uns nicht zu den Dohlen, die die Koalition für ein sinnverwirrendes rotes Tuch ansehen, und in blinder Wut mit dem Kopf durch die Wand wollen. Aber es liegt gerade umgekehrt als die Vertreter der bürgerlich-republikanischen Parteien meinen: Wenn man in eine Koalitionsregierung geht, will man nicht auf einen Teil seiner programmatischen Forderungen verzichten, sondern man will den Teil seiner Forderung, den man als Kompromiß vorschlägt, durchsetzen. So ist auch die Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei — in der wir unsere politische Vertretung sehen — an einer Koalitionsregierung nur möglich, wenn die Koalitions-partner sich verpflichten, die Kompromißforderungen der Arbeiter durchzuführen. Es liegt in der Natur einer Koalitionspolitik, daß keine der beteiligten Parteien den anderen Teilnehmern ihre letzten grundsätzlichen Forderungen zur Anerkennung vorsetzt und ihre Durchführung verlangt. Wenn aber die bürgerlichen Wählerparteien Koalitionsbrüder die im Interesse des Proletariats und der Wirtschaft liegenden Vorschläge der Sozialdemokraten ablehnen, so haben sie damit zu erkennen, daß sie ihre eigenen arbeitereindlichen und wirtschaftsschädigenden Pläne verwirklichen wollen.

Unter diesen Umständen mußte an dem Wiberstand der Sozialdemokraten die „große Koalition“ scheitern. Die Regierungskoalition ohne Anerkennung der sozialdemokratischen Mindestforderungen wäre eine Anerkennung der kapitalistischen Forderungen durch die Sozialdemokratie gewesen. Wenn die Verhandlungen über die Regierungsbildung keinen anderen Erfolg hatten, so verhielten sie uns doch aufs neue Klarheit über die Absichten der kapitalistischen Parteien für die nächste Zeit. Sie enthielten uns ferner, daß zwar Demokraten und Zentrum zur Republik stehen, daß sie wirtschaftlich aber den Arbeitern nichts anderes bedeuten als die Volksparteier und Deutschnationalen. Welche haben beständigen die Regel und ein Witz macht wohl die Rechnung, aber er findet im Zentrum keine zahlungsfähigen Leute, sie einzulösen. Wirtschaftspolitisch gesehen ist der Arbeiter einzig auf die Kraft seiner freien Organisationen angewiesen. Wer heute seine sozialdemokratische und gewerkschaftliche Organisation im Stich läßt, treibt die Politik seiner wirtschaftlichen und politischen Feinde. Er handelt wie der berühmte „Luge“-Junge, der da meinte, es geschieht meinem Vater ganz recht, daß mir die Finger errieren — warum kauft er mir keine Handschuhe. Wer seine Organisation ver-

läßt, dem könnten tatsächlich leicht die Finger errieren, und er kann sich gratulieren, wenn es damit abgeht.

Die gängige Neujahrssitte verlangt, daß man Freunden und Bekannten ein glückliches neues Jahr wünscht. Man macht das gewöhnlich in der Silvesterstunde. Die verfassungswidrige Kumpfsprechung bringt den Arbeitern ihren Glückwunsch etwas früher dar. Nachdem sie den Erwerbslosen eine Unterfütterung, die wenigstens den Mut zum Weiterleben gibt, verweigert hatte, machte sie sich die Folgen ihres Hungerurteils über Hunderttausende klar. Mit tauber Bosheit stellte sie eine Wahrscheinlichkeitsrechnung auf, wann wohl die Geduld der Verhungerten zu einem juchzenden Ende kommen könnte und erwas sorgfältig, wie und wodurch die fette, honette „Gesellschaft“ am besten vor der Explosionsgefahr geschützt werden könnte. Ein Trisodium, das den Armen jede Lebensmöglichkeit verweigert, das geistig (Verzehrung!) in den Zeiten der Pankreas und Konjunktoren lebt, kann natürlich auf kein anderes Mittel als das der Gewalt verfallen. Und so ist tatsächlich in Ministerkreisen bereits die

Behängung des Belagerungszustandes

ermogen und vorbereitet worden. Daß die böse Presse von diesem ebenso schieflichen wie dummen Plan Wind bekam, war den Herrschaften recht unangenehm. Sie brachten ein Dementi, das ein Musterbeispiel für die Kunst ist, die wahren Absichten hinter glatten unfauligen Worten zu verbergen. Es gibt aber nichts zu verbergen, schon krumpfte es im Winteroberblatt, daß ein Weg gefunden sei, der es trotz Welterprungs und Sabotage des preußischen Polizeiministers schaffen werde, eine Situation zu schaffen, in der „der Säbel haut und die Flinte schießt.“

Dieser kalte Mordplan ist die Vorbereitung zur Durchsetzung der Unternehmerpläne. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat kürzlich wieder einmal eine Denkschrift von sich gegeben. In ihr lagen die nationalen Schanzmacher, wie sie sich die Behängung der Wirtschaftskrise denken — daher der Name Denkschrift. Um die deutsche „Wirtschaft“ — darunter verstehen die Herren „möglichst hohe Gewinne“ — wieder flott zu machen, wird vorgeschlagen:

Die öffentlichen Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden müssen sich unter Beobachtung der Grundlinie des Jahres 1925 (ein 300-Mark-Direktor könnte seiner Frau einen Pelzmantel, der 6000 Mark kostet), danach richten, was Volk und Wirtschaft an Höchstbedarf tragen können. Die Staatsausgaben von 1924 müssen um 20 Proz. gesenkt werden.

Diese Einschränkung der öffentlichen Ausgaben ist natürlich nur möglich durch Herabsetzung der Löhne und Gehälter der Beamten und Arbeiter des Reichs usw.

Das Steuerhuhn muß so „verzinnt“ werden, daß die Steuern aus dem Ertrag gezahlt werden können. Die Erzielung einer Rente darf nicht verfehl, ein Betrag zur Kapitalneubildung (so heißt der neue Geist des Gelds) muß freigegeben werden.

Kapitalneubildung ist allmählich ein antichinesisches Schlagwort geworden, ein Schieber hinter, dem sich die schmutzigste Profitgier versteckt. Wozu Kapitalneubildung, da doch zweifellos noch zu viel altes vorhanden ist. Eine Wirtschaft, die bisher die „durchbare Steuerlast“ nicht aus dem Gewinnen, nicht „aus dem Ertrag“ zahlte, sondern aus dem Vermögen, muß doch ganz immens reich sein. Was hindert die Herren, ihr Privatvermögen in Kapital zu verwandeln?

Die Ansammlung öffentlicher Gelder zum Zweck der Schaffung von Rücklagen muß vermieden werden. Steuernrückträge sollen als Kredite (natürlich langfristig und billig) der Wirtschaft zufließen werden. Die öffentliche Hand soll sich nicht an privatwirtschaftlichen Unternehmungen beteiligen oder gar ganze Produktionszweige in Bewirtschaftung nehmen.

Der „stänzenbe Erfolg“ der Privatwirtschaft „rechtfertig“ ja auch diese streche Forderung.

Die Tarife der Eisenbahn, Post und Telephonie sind zu hoch, Herabsetzung des Reichsbankdiskonts ist gefordert. In der Handelspolitik hält der Reichsverband ein Zerfallen für notwendig, dessen Vorteile so zu bemessen sind, daß sie den anderen Staaten für den Verlust von Tarifverträgen hinreichend Anreiz bieten. Ziel der deutschen Handelspolitik muß Abbau der internationalen Zollmauern sein. Abwehr gegen Einfuhr zu Dumpingpreisen. Ausfuhrförderung.

An der Entwicklung der deutschen Handelspolitik bis zum augenblicklichen Stand haben Reichsverband und seine politischen Vertreter — sie sitzen in den Reihen der Demokraten bis zu den Deutschnationalen — ihr reichlich Teil beigetragen. Durch die schändliche Zollpolitik wurde die Ausfuhr erschwert, durch die Abwehrmaßnahmen des Auslandes wurde sie fast lahmgelegt. Und jetzt streiten die Schuldigen nach Abbau der Zollmauern.

Unter Nationalisierung versteht der Reichsverband die gerichts-mäßige Anwendung aller technischen und organisatorischen Mittel, die die Erzielung der menschlichen Arbeitsmöglichkeit zu bezogen. Jeder muß ein Maximum leisten. Für den inneren Markt Normalisierung, Zuspitzung — jedoch mit einem Ziel. ... Das, Konzentration der Industrie, Ausbildung des Nachwuchses usw.

Es ist nur gut, daß wir jetzt endlich wissen, was der Reichsverband unter Nationalisierung der Wirtschaft ver-

steht. Wenn man es freilich gewelen, er hätte gleich gesagt, wie er sich die Durchführung denkt. Ein Maximum muß jeder leisten: der Ausspruch klingt im Munde eines Unternehmers gefährlich. Wenn der Satz aber nicht nur für Arbeiter gilt, was soll dann mit dem gewaltigen Ueberstuh an Direktoren, Syndici usw. geschehen, die wie Schweiffliegen an der Volkstraß zehren?

Dann wird dem Großhandel und Einzelhandel die Notwendigkeit ihrer Existenz beheimigt. Die „Ueberstuhung“ wird durch die Geschäftstendenz „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“ — wer lacht da? — auf „natürlichen“ Weg beseitigt werden. Diese Geschäftstendenz gilt nicht für die Industrie, wenn der Reichsverband bei der Kartellfrage auch erwähnt, die Industriepreise dürften sich nicht nach den Produktionskosten des rückständigsten Betriebes richten. Auf diese platonische Erklärung wird niemand hineinfallen, da der Reichsverband Industriekartelle für notwendig erklärt. Das Wesen der Kartelle ist aber gerade, durch seine Preispolitik auch dem kleinsten Betrieb seine Existenz zu sichern.

Dem Reichsverband ist es mit der möglichst billigen Ueberwindung der Krise bitter Ernst, das beweist die Denkschrift sicher. Es wird gefordert, gefordert, gefordert — vom Reich, von den Ländern und Gemeinden, von Banken und Eisenbahn, von Arbeitern, Angestellten und Beamten — nur eines fehlt: Die Mitteiligung, was nun die deutsche Industrie selbst leisten will, das deutsche Wirtschaftselche wieder aufzumuntern. Wie alle anderen Unternehmergruppen, die über den Wiederaufbau die plattesten Gemeinplätze offizierten, ist auch der Reichsverband der Meinung, es genüge, wenn er die Vorschläge mache, durchzuführen und bezahlen könnten die anderen. Diese Wirtschaftsprüfung erinnern keine an Heines beide edlen Polen aus der Polzeit: Und da keiner wollte leiden, daß der andere für ihm zahlt, zahlte keiner von beiden.

Wozu sind denn auch die anderen da, z. B. die Arbeiter. Da lassen sich doch Millionen und Milliarden an Löhnen, an Ausgaben für Sozialpolitik usw. sparen. Wir haben keine Denkschrift von Ausbeuterorganisationen gesehen, die nicht die Wiederbelebung der Wirtschaft durch die Verleumdung der 20 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten herbeiführen wollte. Die Reichsverbanddenkschrift macht davon keine Ausnahme:

Auf dem Gebiete der sozialen Ausgaben ist die Wahrung einer reichenden sozialen Rücklage nur möglich, wenn die Beträge für die tatsächliche Leistungsfähigkeit anpassen, und wenn die Leistungen sich in solchen Grenzen halten, daß die Empfindung der eigenen Verantwortung des einzelnen für sich und seine Familie nicht zerfällt wird. Unter diesen grundlegenden Voraussetzungen behauptet der Reichsverband eine wirksame soziale Rücklage. Für die Verwirklichung der annehmlichen Gebete setzen die strengen Grundzüge, wie für die öffentlichen Gebete. Auf dem Gebiete der Lohnpolitik vertritt der Reichsverband den Grundbau, daß sich der Lohn nach der Leistung und der Produktivität der Arbeit richten muß. Wonnliche Lohnveränderungen bedeuten kein Stärken der Kaufkraft. Bei Tarifverträgen ist jede Schmälerung zu vermeiden. Eine angemessene Bekämpfung der Löhne durch den Streik widerspricht den natürlichen Grundgesetzen einer gesunden Wirtschaftsführung. Die Anwendung des Schlichtendates darf nicht hemmatisch sein. Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einvernehmen mit der Belegschaft darf nicht durch öffentlichen Zwang unterbunden werden.

Das ist es, was die Industrie im neuen Jahr mit Hilfe der Reichsregierung durchsetzen will. Es ist so ungeheuer das Gegenteil von dem, was die Sozialdemokratie als Bedingung für ihren Eintritt in die Reichsregierung aufstellte. Da aber die bürgerlichen Parteien durch die Industrie unterrichtet waren, was die „Wirtschaft“ von ihnen erwartete, mußten sie die Bedingungen der Sozialdemokratie ablehnen.

Der Reichsverband vermeidet es mit den berichtigten Zahlen über die soziale Belastung zu jonglieren. Aber seine Fassung ist fast noch gefährlicher. Ihre „tatsächliche Leistungsfähigkeit“ wollen die Unternehmer natürlich selbst feststellen. Wie sie die einschätzen, haben wir wieder bei der „Erhöhung“ der Erwerbslosenunterstützung gesehen. „Eink“ wollten die Nationalen das Rhein- und Ruhrgebiet „perladen“ lassen, jetzt wenden sie das Eisenbartrezept mit besserem Erfolg bei den Millionen Erwerbslosen an. Deutsche!

Wenn die Herren für die Anforderungen der Sozialpolitik „nicht leistungsfähig“ genug sind, dann können sie „natürlich“ auch das Äquivalent für die ausfallende sozialpolitische Betreuung der Arbeiter nicht tragen. Der Erfolg für mangelnde Sozialpolitik sind höhere Löhne, erheblich höhere Löhne, als heute gezahlt werden. Aber davon will das Ausbeuterpaar auch nichts wissen. „Bezahlung nach Leistung und Produktivität der Arbeit“? Ja, wenn man nicht wüßte, daß die Unternehmer über den Wert der Leistung entscheiden wollen, wäre das sein über Vorschlag, über dessen Durchführung wir allerdings mit den Unternehmern nicht einig gehen werden. Aber der Reichsverband will mit dieser Forderung den Tariflohn und damit den Tarif beseitigen. Geradezu

7111 & 50

